

Dauerbeflaggung der Rathäuser im Kreis Soest



Hiermit fordern wir, als Junge Union im Kreis Soest, die Bürgermeister, sowie die Landrätin auf, sich für eine Dauerbeflaggung der Rathäuser bzw. des Kreishauses im Kreis Soest einzusetzen.

Wir begrüßen dabei eine Flaggenanordnung bestehend aus der jeweiligen Stadtflagge, der Landes-, Bundes-, sowie der Europaflagge. Mindestens aber fordern wir eine Beflaggung mit der deutschen Bundesflagge und der Flagge der Europäischen Union.

Die schwarz-rot-goldene Flagge stand von Anfang an für den Aufbruch zu einem liberalen und demokratischen Nationalstaat. Wir stehen zu den Prinzipien und Werten, die unser Land ausmachen: Der demokratische, föderale Rechts- und Sozialstaat gepaart mit unseren Grundwerten bilden die Basis unser aller Zusammenlebens und sind Grundstein für die deutsche Erfolgsgeschichte nach dem zweiten Weltkrieg. Die schwarz-rot-goldene Flagge ist untrennbar und unverkennbar mit eben diesen systembildenden Verfassungswerten verbunden. Deshalb sehen wir sie als Charakterisierung eines modernen und weltoffenen Deutschlands und stehen für sie als prägendes öffentlich-allgegenwärtiges Symbol ein.

Deutschlandfarben lösen in der Masse schon bei sportlichen Veranstaltungen, wie z.B. bei Fußballwelt- und Europameisterschaften, ein Zusammengehörigkeitsgefühl aus. Dieses „Wir- Gefühl“ unterscheidet nicht zwischen Religion und Hautfarbe, sondern verbindet alle Menschen, die sich mit Deutschland identifizieren.

Daher denken wir, dass wir den Rechten nicht unsere Staatssymbole überlassen dürfen. Gerade in Zeiten der Migration ist es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, dessen Förderung überparteilicher Konsens ist, wichtig, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Dieser ist unserer Meinung nach das positive Bild zum eigenen Staat und Wertesystem. Da die europäische Integration unser aller Leben beeinflusst und uns über 70 Jahre Frieden gebracht hat sollte über den Nationalfarben hinaus auch die Europaflagge als bindendes Symbol gehisst werden. Ein Deutschland ohne Europa ist heute auch nicht mehr denkbar, diese untrennbare Verbindung hat enorme Relevanz und sollte auch allgegenwärtig sichtbar sein.

Im diesem Sinne fordern wir auch unsere Parteifreunde vor Ort auf, sich für unser Anliegen eines präserteren positiven Bilds Deutschlands und Europas in Form der dauerhaften Beflaggung vor Rat-und Kreishäusern in der Öffentlichkeit einzusetzen.

Anmerkung

Gem. Punkt 2.3.1 der Verwaltungsvorschrift des Landesinnenministers zum Gesetz über das öffentliche Flaggen vom 21. August 2003 steht es den Gemeinden zu, nach eigenen Ermessen über die Beflaggung außerhalb der Beflaggungstage zu entscheiden.